

## **Positionspapier des Fachkreises IKÖ vom Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin**

# **Vielfalt ermöglichen und gerecht gestalten – Gemeinsam für ein buntes Land!**

Berlin, 09.12.2019

### **Wer sind wir?**

Der *Fachkreis Interkulturelle Öffnung* (kurz: *IKÖ*) existiert seit 2018 und ist angesiedelt beim Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin. Dieses Gremium ist ein kollegialer Zusammenschluss von verschiedenen Vereinen und Einrichtungen, Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO), Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen, Netzwerken von Menschen mit Fluchtgeschichte, unterschiedlichen weltanschaulichen Gruppen und anderen Initiativen. Hier sind hauptamtlich und ehrenamtlich Engagierte aus diversen Kontexten, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichten aktiv. Diese Zusammensetzung ermöglicht es, über aktuelle Entwicklungen und Anliegen aus dem Bereich IKÖ informiert zu sein, die gemeinsamen Ziele sowie unsere Interessen effizienter zu verfolgen und uns untereinander gut zu vernetzen.

So gelingt es uns, die Ressourcen und Potenziale von Pluralität und Vielfalt unserer Gesellschaft aufzuzeigen, Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung von Diversity-Ansätzen gemeinsam zu diskutieren und interkulturelle Öffnungsprozesse voranzubringen. Die Fachgruppe trifft sich grundsätzlich vier Mal im Jahr zum Fachaustausch sowie zur Planung von Aktivitäten, die der Stärkung des interkulturellen Engagements in Berlin dienen.

### **Was streben wir an?**

Der *Fachkreis IKÖ* setzt sich für eine demokratische, gerechte, integrative, diversitätsoffene und vielfältige Gesellschaft ein, in der ein diskriminierungsfreies Zusammenleben sowie Teilhabe, Mitwirkung und Chancengleichheit für alle Menschen ermöglicht werden. Es geht um eine einheitliche, kritische, aber offene und solidarische Haltung gegenüber allen von Diskriminierung betroffenen Menschen. Mit seiner Tätigkeit setzt der *Fachkreis IKÖ* ein wirksames Zeichen gegen Ausgrenzung und Rassismus bis hin zu allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Interkulturelle Öffnung ist ein Prozess, der zum Ziel hat, gleichberechtigten Zugang aller zu allen Angeboten und Strukturen zu gewährleisten, der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht zu werden und diese auf allen Organisationsebenen widerzuspiegeln. Von den hauptamtlichen Leitungsebenen bis hinein ins Ehrenamt soll die gesellschaftliche Vielfalt repräsentiert sein, anerkannt, gewürdigt und gefördert werden. Deshalb müssen auch die wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen selbst so verändert und transformiert werden, dass sie in ihren Arbeitsweisen und Funktionen den Bedürfnissen einer sich verändernden Gesellschaft entsprechen können.

## **Warum ist IKÖ wichtig?**

Interkulturelle Öffnung (IKÖ) im Freiwilligenbereich ermöglicht Kontakt und Austausch. Sie unterstützt berufliche und gesellschaftliche Integration der ansonst nicht integrierten Gruppen, die durch vielfältige Zugangsbarrieren von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Freiwilliges Engagement bedeutet Partizipation, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit sowie Empowerment. Freiwilliges Engagement ist die Voraussetzung einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Die Heterogenität der Bevölkerung muss sich auch im Bereich des Ehrenamtes widerspiegeln.

Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und die von ihnen gegründeten Selbstorganisationen müssen die gleichberechtigte Möglichkeit haben, sich an den existierenden Strukturen zu beteiligen, ihren eigenen Beitrag zu leisten, ihre eigenen Netzwerke einzubringen, damit auch das kulturübergreifende Miteinander zu fördern sowie die Gesellschaft wirkungsvoll mitzugestalten. Sie sind schon jetzt wichtige Kräfte der Ausgestaltung eines inklusiven Gemeinwesens, das Potenzial ihres bürgerschaftlichen Engagements ist jedoch zu großen Teilen noch unerschlossen. Der *Fachkreis IKÖ* hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung inklusiver Strukturen für bürgerschaftliches Engagement durch fachliche Expertise, strategische Netzwerke und politische Lobbyarbeit anzumahnen, zu unterstützen und zu stärken.

## **Unsere Beiträge – was können wir tun?**

Interkulturelle Öffnung (IKÖ) ist für die Öffentliche Verwaltung eine zwingende Notwendigkeit, wenn sie die gesellschaftliche Vielfalt unserer Stadt spiegeln soll. Auch in den Organisationen der Zivilgesellschaft wird eine kulturoffene und diverse Normalität angestrebt. Mit IKÖ können sowohl umfassende Partizipations- und Integrationsprozesse gelingen als auch die Vielfalt in der Engagementlandschaft gefördert werden. Daher möchte der *Fachkreis IKÖ* mit Politik und Verwaltung zusammenarbeiten, Maßnahmen im Sinne einer inklusiven und gerechten Gesellschaft umsetzen und dabei insbesondere Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund einbeziehen.

Mit einer ausreichend unterstützten Öffentlichkeitsarbeit möchte der *Fachkreis IKÖ* seine politische Stimme noch mehr einbringen und damit auch die Zivilgesellschaft zur Aufklärung, Sensibilisierung, Mobilisierung und Empowerment stärker einbeziehen. Im Sinne einer daher anzustrebenden stadtweiten Öffentlichkeitsarbeit erfordert die Arbeit des Fachkreises eine solide Unterstützung und Förderung für entsprechende Maßnahmen.

Der *Fachkreis IKÖ* sieht einen großen Bedarf an respektvollem Austausch von Strategien und Maßnahmen für Vielfalt und Chancengleichheit auf Augenhöhe, damit bisherige Stereotype nicht bestätigt werden. Er will zeigen, dass die Öffnung zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in Berlin möglich ist und vorangebracht werden muss. Vielfalt und Heterogenität können so als Bereicherung unserer Gesellschaft wahrgenommen werden, statt angstbesetzte Debatten auszulösen. Mit einem gemeinsamen IKÖ-Verständnis und Handlungsmöglichkeiten wollen wir Synergien zwischen Organisationen erschließen, Netzwerke ausbauen und unsere Erfahrungen mit der IKÖ in die Breite tragen.

## **Für eine diversitätsoffene und chancengerechte Zivilgesellschaft fordern wir:**

1. Diversität soll als soziales Kapital verstanden und eingesetzt werden. Allen Menschen muss die aktive Teilhabe an den verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereichen eröffnet werden, um ihre Bedarfe, Meinungen und Erfahrungen öffentlich zu artikulieren;
2. Eine inklusive Gesellschaft benötigt den umfassenden Zugang und die Nutzbarkeit von Angeboten für alle: Medien, Räume, Fachangebote, Diskurse müssen so gestaltet sein, dass alle partizipieren und davon profitieren können;
3. Die Berliner Landes- und die Bundespolitik sollen allen Formen der Diskriminierung gezielt entgegenwirken. Aufgrund der massiven Steigung von rassistischen und demokratiefeindlichen Übergriffe in letzten Jahren muss die Zivilgesellschaft, die sich im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit engagiert, deutlich gestärkt und unterstützt werden;
4. Politik, Verwaltung und Fördereinrichtungen müssen die gesellschaftlichen Beiträge der diversen aktiven Migrantenselbstorganisationen anerkennen, würdigen und durch die Bereitstellung entsprechender Ressourcen strukturell und institutionell fördern;
5. Die Gewinnung, Einarbeitung, Betreuung sowie langfristige Bindung von Ehrenamtlichen an die Organisationen setzt den Aufbau einer professionellen Freiwilligenkoordination voraus. Deshalb ist unsere Forderung an die Politik, Verwaltung und Förderlandschaft, dass es eine Förderung für die Stellen zur Freiwilligenkoordination/-management in kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen geben muss;
6. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, Prozesse der IKÖ im Rahmen seiner öffentlich geförderten Einrichtungen zu verstärken und nachhaltig zu machen. Sie sollen ein entsprechendes IKÖ-Qualitätssiegel (im Sinne einer Selbstverpflichtung) erwerben können und ihren Beitrag zur inklusiven Gesellschaft Berlins sichtbar machen;
7. Es bedarf auch einer Interkulturellen Öffnung von öffentlichem Dienst und staatlichen Institutionen. Unter den Beschäftigten soll der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich erhöht werden;
8. Im Speziellen gilt es, die Förderung der Teilhabe von Migrantenselbstorganisationen als Brücken in ihren Communities zu unterstützen sowie die Interessensvertretungen von Migrant\*innen in Freiwilligendiensten auszubauen. Die Finanzierung eines Servicezentrums wird benötigt – analog der BFD-Projekte des Landes Berlin 2017-2019 – mit flankierenden Beratungen und Dienstleistungen.

### **Die Unterzeichnenden:**

Mitglieder des Fachkreises IKÖ